

ngverein  
r.  
1893  
in Neuf  
s. R. Sople.  
an, Fräulein  
99. Inf.-Regiments  
van Haag I. Reg.  
Interessant!  
iten, Blumen aus  
itation), Schund  
dyatt (imitation),  
3. ...  
achte Aufmerksamkeit  
galtig und vielseitig  
us, zu Geschenken be  
ung; jedoch sie un  
können; zudem aus  
fertige Sachen sind in  
Markt, ausgeführt.  
bends.  
Androhe tadellos  
angen.  
aal, Fräulein  
and-Orbeit.  
t!  
s durch Vertretung  
it der Verkauf fide  
prämienlose ge  
erforderlich. Adh  
szweig.  
ofte, Berlin SW.  
uher  
Verem  
9 Uhr:  
der Übungen  
Stiftungsfe  
es Ercheinen erschi  
der Turnath.  
Samstag Abend  
urnen  
Versammlung.  
en Collegien Herrn  
Ritterbach  
Beant Fräulein  
r. Mollstroh  
schen Städ- und  
zu ihrer heutig  
mählung.  
des Postunter  
er des Neuf.  
von  
30-36000  
die Sicherheit auf 1.  
fort gefucht.  
i von Selbstdarlehen  
K. 100 an die Exp.  
Haushälterin such  
Stelle.  
Kreutz, Lehrer.  
gineich ein braves reir  
hen für Küche und  
a Sub. Wilberg,  
Grevendroich.  
en alte  
ie, ab-  
Verbahn, Dacht.  
stlag Abend eine Aus-  
u. schicklicher Kabe,  
geben einlaube  
mann, Rheinfr. 16.

Telephon-Anschluß 53.

# Neuf-Grevendroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuf und Grevendroich.

Redaktion: Jof. Grunau.

Expedition: Neuf, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Druckerei.

Die Neuf-Grevendroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Paulusblatt.  
Preis pro Quartal in Neuf durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75.  
Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 20 Pfg. pro Quartal beigegeben.

Inserate finden durch die Neuf-Grevendroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem reichhaltigen Leserkreis ungenutztes Material. Preis für die 6-gelappte Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei größeren Annoncen und öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen erheben an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Nachnahme durch alle benannten Annoncen-Expeditionen.

Nr. 255.

Mittwoch, 8. November 1893. (Gottfried.)

20. Jahrgang.

## Die vlämische Bewegung.

Brüssel, 6. November.

Der aus den früheren, vlämischen Landtagen hervorgegangene, vlämische Volkstath (Vlaamische Volksraad) hat am Allerheiligentage in Brüssel unter dem Vorsitze des Chevalier de Maere Vinmander seine erste Versammlung abgehalten. Von den Beschlüssen und Forderungen sind die folgenden erwähnenswerth: Entfaltung einer lebhaften Propaganda behufs Einführung der proportionalen Vertretung in Belgien; Gebrauch beider Landessprachen am Schwurgerichte von Brabant, am Richterpolizei- und am einfachen Polizeigericht von Brüssel, und an den Militär- und einfachen Polizeigerichten mehrerer anderer Distrikte; Aufstellung eines Verzeichnisses der vlämisch sprechenden Geschworenen in Brüssel; Nothwendigkeit der Kenntnisse beider Landessprachen für die Mitglieder des Cassationsgerichtshofes; ausschließlicher Gebrauch der vlämischen Sprache für das Civilprozeßverfahren in den vlämischen Bezirken, einschließlich der Hauptstadt, die in das Verzeichnis der vlämischen Gemeinden aufgenommen werden soll; ausschließlicher Gebrauch der vlämischen Sprache durch die Vertreter des vlämischen Volkes in den Kammern, den Provinzial- und Gemeinderäthen; Einführung eines vollständigen Lehrganges für Strafrecht, Rechnung und Naturwissenschaften an der Universität, unabhängig von den bereits bestehenden Lehrgängen in vlämischer Sprache, und als Uebergangsmäßregel im Hinblick auf die spätere Errichtung einer vlämischen Landesuniversität, strenge Anwendung der lex Coremans auf die Mittelschulen in Brüssel, Ixelles und in allen anderen, vlämischen Städten, Nothwendigkeit der Kenntniss der vlämischen Sprache für die Professoren an den Mittelschulen in vlämischen Landestheilen, und Verlegung aller bereits angelegten Lehrer, die dieser Bedingung nicht entsprechen; Umgestaltung der Lehrpläne in allen Schulen der lex Coremans, und endlich gesetzliche Rehabilitirung der beiden Namen de Coede und Goethals. Nach Schluß der Kammeression wird der Volkstath abermals in Brüssel zusammentreten und gleichzeitig einen Aufruf an das vlämische Volk erlassen.

Der vlämische Volkstath besteht aus 120 Abgeordneten, welche von den volljährigen Bürgern der 5 vlämischen Provinzen Brabant, Antwerpen, Ostflandern, Westflandern und Limburg auf die Dauer von 2 Jahren gewählt werden. Der Volkstath beschäftigt sich, unter Ausschluß anderweitiger Parteibestrebungen, mit allen das vlämische Volk angehenden Fragen, insbesondere mit den Fragen der Gesetzgebung und des Rechtswesens, der Verwaltung, des Unterrichtes, der Kunst und Wissenschaft und der materiellen Interessen des vlämischen Volkes. Die mit absoluter Stimmenmehrheit gefassten Beschlüsse des Volkstathes werden von einem aus 30 Mitgliedern bestehenden Verwaltungsausschusse ausgeführt. Die Quintessenz der Bestrebungen des vlämischen Volkstathes läßt sich in den Wahlspruch der Flaminganten zusammen fassen, welcher lautet: „In Vlaanderen Vlaamisch!“

## Deutschland.

Berlin, 7. November

H. Der „Nat.-Corresp.“ zufolge wird sich der Reichstag zunächst mit der gesetzlich erforderlichen nachträglichen Genehmigung der erhöhten Rölle Russland gegenüber befassen. Demnach dürfte der Reichstag sofort mitten in die große Frage des russischen Handelsvertrages treten. Die gestern deutschseits den russischen Unterhändlern gemachten Mittheilungen über die bisher noch rückständigen Forderungen auf Zollermäßigungen enthalten das Versprechen, was von deutscher Seite verlangt werden muß. Man ist nicht wenig auf die Antwort Russlands gespannt, von der es abhängen wird, ob überhaupt ein Handelsvertrag zu Stande kommt.

• Mehr Geld für Afrika. Während gegenüber allen neuen Bedürfnissen der Civilverwaltungen in Deutschland die größtmögliche Sparbarkeit beobachtet wird, beabsichtigt der neue Reichshaushaltsetat eine Erhöhung der Verwaltungsausgaben im südwestafrikanischen Schutzgebiet um über 700,000 M., im ostafrikanischen Schutzgebiet um 1 Million M. Bisher warf der

Etat für Südwestafrika nur 273,300 M. aus; der Zuschuß des Reiches für Ostafrika belief sich auf 2 1/2 Millionen M. Offenbar sind die erhöhten Ausgaben bestimmt zur Verstärkung der militärischen Kräfte in diesen Kolonialgebieten behufs weiterer Anlegung von militärischen Stationen und zu militärischen Expeditionen.

• Unter den Berliner Wahlmännern befinden sich zwei Staatsminister, nämlich der Kultusminister Dr. Boffe und der Hausminister v. Webell.

• Die neue Landgemeindeordnung für Preußen-Rheinland, so schreibt man offiziell, ist einstweilen zurückgelegt worden.

• Zur Reform des Strafprocesses werden nach dem „Hannov. Cour.“ dem Reichstage zwei geforderte Gesetzesentwürfe zugehen. Der eine wird sich als Novelle zur Strafprozeßordnung darstellen und u. a. auch die Einführung der Berufung in Strafammerlagen enthalten, der andere wird selbständig die Entschuldigungs-pflicht des Staates unschuldig Verurtheilten gegenüber regeln.

• Ueber einen Fall gewaltsamer Ausweisung berichtet der „Vorwärts“ aus Berlin. Im September 1893 ging einem Arbeiter Andrejewski vom Polizeipräsidium die Aufforderung zu, Berlin zu verlassen, obwohl derselbe Deutscher ist, unter der Angabe der Aufreizung zum Klassenhaß. Der Betroffene legte sofort dagegen Beschwerde ein. Bevor aber hierauf noch eine Entscheidung erfolgt ist, sollen nach dem „Vorwärts“ Schutzleute am 3. November verhaftet haben, Andrejewski gewaltsam festzunehmen und ihn aus dem Bezirk Berlin und Umgebung zu entfernen. Diesem Schicksal entging A. nur durch Sicherstellung. Andrejewski ist zur Zeit, wie zur weiteren Charakterisirung mitgeteilt wird, schwer leidend.

• Das Plenum der Börsen-Enquete-Kommission wird am Freitag, 10. November, zur endgültigen Feststellung des Berichtes an den Reichstanzler zusammentreten.

• Aus Anlaß des hannoverschen Proccesses hat der Kaiser eine Cabinetsordre an die Officiere der Armee erlassen, die in den unabweislichen Ausdrücken das Gazarbpiel verurtheilt und im Fall der Uebertretung strenge Strafen androht. Die Ordre ist, wie die „Post.“ hört, in den letzten Tagen den Officieren zur Kenntniss gebracht worden. So leicht und harmlos, wie die Norddeutsche in ihrer bekannten Auffassung, nimmt man demnach in hohen Kreisen das „Spielchen“ erfreulichsweise nicht.

• Es verlautet zuverlässig — so schreibt die „Post.“ — daß eine Reihe von Officieren in Folge des hannoverschen Spielerprocesses ihren Abschied erhalten werden. Der Commandant des Lieutenants von Schierstädt zur Führung des Zuges bei der Hubertusjagd lag, wie wir erfahren, keine Absicht unter. Der genannte Officier hat diese Mission einfach erfüllt, weil er an der Reihe war.“ Trodem wird die Post nicht leugnen können, daß die Nachricht von der Theilnahme dieses in den Spielerprocess so tief verwickelten Officiers an der Hubertusjagd nicht geringes Aufsehen erregt.

• Das preussische Kriegsministerium hat, einem Gesuch des Centralausschusses zur Förderung der Jugend- und Volksspiele nachgebend, die Genehmigung erteilt, daß in allen Garnisonstädten, wo eine regelmäßige Pflege dieser Spiele vorgenommen wird, die vorhandenen Militär-Exercierplätze für Abhaltung von Jugend- und Volksspielen benutzt werden dürfen.

• Die Reorganisation des Fabrikantensichtwesens wird durch den nächstjährigen Staatshaushaltsetat in Preußen zum Abschluß gelangen. Sie begann im Etatsjahre 1891/92 und war auf vier Jahre vertheilt. Zu den bisher für diesen Zweck bewilligten Summen wird im nächstjährigen Etat noch ein Mehraufwand für Anstellung von 27 Gewerbeinspektoren hinzutreten. Es werden dann 26 Regierungs-Gewerbeberäthe, 97 Gewerbe-Inspektoren und 40 Gewerbe-Inspektionsassistenten in Preußen in Thätigkeit sein. In Regierungskreisen gibt man sich, wie verlautet, der Hoffnung hin, daß dieses Personal genügen werde, da auch die durch das Unfallversicherungs-gesetz vom 6. Juli 1884 ins Leben gerufenen Berufsgenossenschaften auf dem in Rede stehenden Gebiete thätig sind und zwar durch Anstellung technischer Geübter, welche die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen haben. Ob die jetzt zum Abschluß kommende Reorganisation

des Fabrikantensichtwesens in Preußen thatsächlich genügen werde zu einer erfolgreichen Inspektion der Fabriken, erscheint zweifelhaft, da die Zeit der Aufsichtsbereitschaft zu sehr nebenbei durch Unfalluntersuchungen und gerichtliche Gutachten, sowie durch die jetzt mit dem Fabrikationswesen verbundene Revision der Dampfketten in Anspruch genommen ist, ganz abgesehen davon, daß die Thätigkeit der Fabrikinspektoren durch die Thätigkeit der Beamten der Unfallgenossenschaften nicht ersetzt werden kann.

• Oppenheim a. Rh., 4. Nov. Eine heute hier abgehaltene zahlreich besuchte Versammlung von Weinproduzenten sprach sich einstimmig gegen jede Art der Weinbesteuerung aus. Unter vielem Beifall sprachen Stadtverordneter Nicola Rade und Karl Rade-Main.

• München, 7. Nov. In der Kammer begründete Abg. Nahrung in Lingerer Rede seine Interpellation über die fortschreitende Verschuldung des Bauernstandes. Er erblickt das einzige Mittel der Rettung in der Organisation des Bauernstandes zu Wirtschaftsgemeinden, welche bei der Güterübernahme mitwirken, die Zertrennung beim Güterhandel verhindern und für die Steigerung des Vegetations-Capitals Sorge tragen sollen. Der Minister des Innern bestritt die Zunahme der Verschuldung, gab aber die schlimme Lage des Bauernstandes in Baiern zu. Er glaube, daß die Bauern selbst eine Zwangs-Organisation zur Bevormundung des Eigenhums nicht wollten, und warte vor Ueberbreitung. Auch erklärte er sich gegen die Agitationsweise des Niederbairischen Bauernbundes. Eine Organisation in Credit-Anstalten und Raiffeisen-Vereinen sei im Landwirtschaftlichen Verein vorhanden und könne noch erweitert werden. Die Regierung werde auch in Zukunft fortfahren, die Landwirtschaft zu fördern.

• Straßburg, 5. Nov. Auf allen Seiten ist in Elsaß-Lothringen der Sturm entfesselt, den das neue Weinsteuergesetz heraufbeschworen hat. Selbst politische Gegner reichen sich gegenüber diesem drohenden Gelpenke vertheilt die Hand. Sogar hochgeachtete Regierungsanhänger, wie die Abg. Baron Jörn von Bülow und Böhmhagen halten es nicht für unter ihrer Würde, durch Wort und That an dem Kampfe thätig theilzunehmen. Eine Versammlung löst die andere ab; ein Protest nach dem andern geht nach Berlin ab. Die Landbevölkerung, der man politischen Eifer in den Reichslanden gewiß nicht nachsagen kann, ist nicht gewillt, gedulig wieder das Schlagopfer zu werden. Durchgängig werden Eingaben an den Reichstag überall vorbereitet, die sich mit zahllosen Unterschriften bedecken. Man sieht den Verhandlungen des im November zusammentretenden Reichstages mit einer Spannung entgegen, die so recht zeigt, daß man überall erkennt, wie weit hierbei das Wohl unseres Landes auf dem Spiele steht. Alle Eingaben betonen, laut der D. R.-Btg., zunächst, daß eine etwaige Reichsweinsteuer in erster Linie Elsaß-Lothringen treffen würde, welches allein mehr als die Hälfte der im deutschen Reich angebauten Weinberge besitzt. Sie heben weiter hervor, wie die Weine Elsaß-Lothringens und zwar vornehmlich die Weißweine, die zu den besseren gehören, auch am meisten besteuert und also geschädigt werden müßten. Man wird sich selbst in Berlin schließlich der Einsicht nicht verschließen können, daß dem Weinbau in unserm Lande mit der Annahme des Gesetzes der Todesstoß versetzt wird. Dürfte das für die Regierung vorthellhaft sein? Der Wein steht in Elsaß-Lothringen bereits unter der Circulations- der Vicenz- und der Grundsteuer. Man lasse daher den Winger endlich einmal mit neuen Steuern in Ruhe.

## Oesterreich-Ungarn.

• Wien, 6. November. Fürst Windischgrätz machte gestern Hohenwart einen Besuch und beehrte sich nachmittags mit Rasthof, Plener und Jaworski. Die Montagsrevue veröffentlicht folgende wahrscheinliche Ministerliste: Inneres: Vidmann, Finanzen: Plener, Unterricht: Wodegast, Justiz: Akerbau und Landwehr verbleiben in den Händen der bisherigen Minister.

## Schweiz.

• Aus der Schweiz, 4. Nov. Aus Zürich kommt die erfreuliche Nachricht, daß die Centralchulpflege beschloffen hat, in Zukunft in den sämtlichen Schulen der seit dem 1. Januar d. J. mit den Außengemeinden vereinigten Stadt

den kirchlichen Bedürfnissen aller Confectionen, auch der katholischen, in vollkommener Weise Rechnung zu tragen, also u. a. für alle kirchlichen Feiertage Dispens zu erteilen, wenn solche nachgefordert wird. Mögen andere schweizerische Schulbehörden sich an diesem toleranten Beispiel ein Beispiel nehmen. — Anlaßlich der Erfahrungen, welche man in Bern bei dem Krawall im vergangenen Sommer gemacht hat, wird die Berner Regierung fortan gegen schriftlose Fremde strenger verfahren. Dieselben sollen keine Erlaubnis mehr zur Niederlassung erhalten. Auch mit der Prüfung der von Fremden hinterlegten Ausweiskarten hat die Regierung begonnen. 12 Ausländer, meistens Russen, sind bereits angewiesen worden, das Cantonsgebiet zu verlassen.

• Bern, 7. Nov. Im nächsten Jahre soll hier in der Schweiz, wie es heißt, in Zürich, ein internationaler Congress für Arbeitergesetzgebung stattfinden. Der Bundesrath bewilligte bereits einen Kredit von 3000 Frs.

## Belgien.

• Loewen, 5. Nov. Die hiesige katholische Universität hat einen der verdientvollsten Prälaten des päpstlichen Hofstaates, den Mgr. Crostarosa, zum Doktor der Philosophie honoris causa ernannt. Mgr. Crostarosa widmet sein ganzes Leben dem Studium der christlichen Alterthümer und den Werken des Unterrichtes und der christl. Nächstenliebe; mit den Einkünften seines sehr bedeutenden Vermögens läßt er Nachgrabungen in den römischen Katakomben vornehmen und Schulen und Waisenhäuser errichten. In archäologischen Kreisen ist Mgr. Crostarosa rühmlichst bekannt durch seine Werke über die Geschichte Italiens und über die Topographie und Architektur der ersten Kaiserthümer. Die Auszeichnung des Mgr. Crostarosa durch die Loewener Universität ist eine wohlverdiente Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Kirche und um die Wissenschaft.

• Brüssel, 5. Nov. In Grammont, dem Sitz der belgischen Zündholz-Industrie, ist unter den 2000 Arbeitern dieser Industrie ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. Schon seit 14 Tagen hatten die Arbeiter der Zündholzfabrik von Gebr. Hochette wegen Einführung eines neuen Tarifes, der einer bedeutenden Lohnherabsetzung gleichkam, die Arbeit eingestellt. Um die Gebrüder Hochette zur Zurücknahme dieses Tarifes zu zwingen, schlossen sich am vorigen Freitag die Arbeiter aller übrigen Fabriken dem Ausstande an. Man glaubt, daß der Ausstand bald beendet sein wird, da die Fabrikanten, welche den alten Tarif beibehalten haben, auf die Gebrüder Hochette einwirken werden, damit dieselben sich zur Zurücknahme einer Maßregel entschließen, für welche in der That kein genügender Grund vorliegt.

## Spanien.

• Madrid, 5. Nov. Das Marineministerium läßt sechs leichte Schiffe ausrüsten, welche das Bombardement der Küste bei Melilla ausführen sollen, da die geringe Tiefe der dortigen Gewässer die Annäherung größerer Schiffe nicht zuläßt.

• Madrid, 7. Novbr. Hierher gelangten officiellen Nachrichten zufolge wird der Sultan von Marocco am 10. d. Mts. in der Ortschaft Marrakoch eintreffen und dort die spanische Gesandtschaft empfangen. Man zweifelt nicht daran, daß es dem Sultan möglich sein wird, Spanien Genugthuung zu gewähren. Durch die Einberufung der Reservisten wurde das spanische Heer von 80,000 auf 170,000 Mann erhöht, was gleichzeitig aber auch eine 60 procentige Erhöhung der Heeresauslagen bedingte.

## England.

• Portsmouth, 6. Nov. Die See-Behörde erhielt die Nachricht, daß bei der Explosion einer Pulvermühle in Rio de Janeiro drei Officiere und ein Matrose der englischen Kriegsschiffe „Sicilia“ und „Racer“ getödtet, sowie fünf Matrosen verletzt worden seien. Dieselben hielten an der Küste Sand. Die brasilianische Behörde hielt sie für Rebellen und sprengte die in der Nähe befindliche Pulvermühle in die Luft.

## Schweden und Norwegen.

• Christiania, 4. Nov. Anlaßlich des zur Feier des Bestehens der Union im königlichen Schlosse hier selbst stattgefundenen Dinners hielt





